

Einleitung 9

Erster Teil:
Die Vertreibungen der Nationalstaaten

Hannah Arendt und der politische Flüchtling 17
Flüchtlinge und Staatlinge 30

Zweiter Teil:
Die Vertreibungen des Kapitalismus

Enteignung und Verwüstung 37
Inseln des Wohlstands im Meer der Gewalt 56
Kapitalismusflucht 78

Dritter Teil:
Die widerständigen Politiken der Flucht

Arendts Paradoxie 89
Kämpfe um Bürger:innenschaft 95
Flucht als Exodus 110
Feigheit? Abenteuer? Widerstand! 130
Die konkrete Utopie der Flüchtenden 147

Dank 159

Anmerkungen 160

EINLEITUNG

Konfrontiert mit Fluchtbewegungen gerät Europa in Panik. Regierungsoberhäupter entsenden Panzer an die Grenzen. Rechts-extreme Parteien und Bewegungen gewinnen Wahlen mit Hasskampagnen und Verschwörungserzählungen vom Untergang des weißen Abendlandes. Europa schließt Abkommen mit autoritären Regimen und Milizen und macht sich von ihnen erpressbar. Großbritannien verlässt die EU. Menschenrechte werden ausgehebelt und Flüchtlingsheime attackiert. Zehntausende Menschen werden in der Wüste und im Meer dem Sterben überlassen. Rassistische Flüchtlingspolitiken sind ein Überbietungswettkampf der Grausamkeit, der die liberalen Demokratien Europas in ihren Grundfesten bedroht und Europa in einen neofaschistischen Teufelskreis der Gewalt führt.

Sind Fluchtbewegungen die Sollbruchstelle der europäischen Demokratien?

Sie müssten es nicht sein. Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahrzehnten auch beeindruckende solidarische Bewegungen ausgelöst. Schon Ende der 1990er Jahre protestierten Hunderttausende in Frankreich, Italien und Deutschland gegen rassistische Flüchtlingspolitiken, unterstützten die Flüchtenden in ihren Forderungen nach Abschaffung der Lager, nach Aufenthaltstiteln und Bewegungsfreiheit. Und die Fluchtbewegung von 2015 lässt sich gemeinsam mit der solidarischen Unterstützung als eine der größten sozialen Bewegungen verstehen, die es in Deutschland je gab. Als der Staat von der Ankunft der Flüchtenden überfordert war, sprangen unzählige Menschen ein, leisteten Fluchthilfe, organisierten Lebensgrundlagen, gründeten Netzwerke und NGOs. Viele Flüchtende und ihre Unterstützer:innen sind bis heute durch enge Beziehungen verbunden.

Sicherlich war die Willkommenskultur auch durch paternalistischen Humanitarismus geprägt und kreiste mitunter narzisstisch

um das Selbstbild der Europäer:innen. Trotzdem war sie eine politische Bewegung: Gemeinsam mit den Märschen und Protesten der Flüchtenden öffnete sie Debatten über die Grenzen von Demokratie und Menschenrechten, über Rassismus, Fluchtgründe und globale Ungleichheit.

Die Fluchtbewegungen ließen sich nicht einfach paternalistisch weglächeln oder technokratisch verwalten. Schließlich legten sie fundamentale politische Widersprüche offen: Wie kann es sein, dass ein Kontinent, der sich mit der Einhaltung von Menschenrechten und Demokratie brüstet, Zehntausende Menschen an seinen Grenzen sterben lässt? Die Fluchtbewegungen durchlöcherten die sozial-liberale Fassade Europas. Die Bausubstanz, die darunter sichtbar wurde, stammte noch aus Zeiten von Imperialismus und Faschismus und war dementsprechend kaputt. Gemeinsam machten die Fluchtbewegungen und ihre Unterstützer:innen klar, dass eine Kernsanierung notwendig wäre.

Damit reihten sie sich in eine Welle antirassistischer, queer-feministischer und ökologischer Protestbewegungen ein, die die Krisendekade der 2010er Jahre prägten. Die verschiedenen Protestbewegungen wie Ni una Menos, MeToo, Black Lives Matter und Fridays for Future suchten nach Antworten auf die Vielfachkrise und begannen, Gewalt zu thematisieren und Verantwortung einzufordern. Eva von Redecker bündelte all diese Ausformungen als »Revolution für das Leben«.¹

Wie diese Proteste waren auch die Fluchtbewegungen auf einer alltäglichen Ebene äußerst wirksam, denn sie verschoben die Sensibilität für Gewalt, experimentierten mit neuen Lebensformen und Beziehungsweisen, adressierten Rassismus und Sexismus. Auf einer strukturellen Ebene scheiterten sie jedoch krachend. Ihre radikalen politischen Forderungen nach einer Abschaffung von Polizei und Grenzen, dem Aufbruch in eine neue Geschlechterordnung und einer sozial-ökologischen Transformation verpufften. Obwohl große Teile der Medien und Parteipolitik in den Hochphasen mit den Bewegungen Solidarität bekundeten, hatte letztlich keine Partei den Mut, ihnen treu zu bleiben.² Sobald sich die Massenproteste verließen und die Gegenbewegungen zurückslagten, knickten die Parteien ein. Das Ausbleiben von strukturellem Wandel und institutioneller Unterstützung

ließ die Bewegungen schnell ausbrennen, noch verstärkt durch die aufkommende Covid-Pandemie. Übrig blieb eine gefährliche Leerstelle.

Die Krisen hatten den europäischen Gesellschaften den drohenden gesellschaftlichen Kollaps vor Augen geführt. Die Bewegungen hatten schonungslos aufgezeigt, dass Transformationen im revolutionären Maßstab notwendig sind, um von der Sorgearbeit über globale Gerechtigkeit, Sexismus und Rassismus bis zum Klima eine lebenswerte Zukunft für alle möglich zu machen. Sie hatten die neoliberalen und sozialdemokratischen Verwaltung auflaufen lassen, die auf wirtschaftliche Desaster mit einem Geldregen für Banken aus Hunderten von Milliarden Euro reagierte. Vor diesem Hintergrund machten die Protestierenden klar: Wenn strukturelle Veränderungen ausblieben, würden sich die Krisen häufen und in einen langsamen Zusammenbruch münden. Der Gipfel des kapitalistischen Wachstums sei überschritten, und nun drohten sozialer Abstieg, Verteilungskämpfe und Kriege.

Die Bewegungen konnten sich dabei nicht nur auf wissenschaftliche Evidenz stützen, sondern auch auf die kollektive Krisenerfahrung. Im ständigen Ausnahmezustand war deutlich geworden, dass die vermeintliche Normalität nicht politisch neutral war, sondern sich auf gewaltvolle Strukturen der Enteignung und Ausbeutung stützte. Die Bewegungen hatten die westliche Lebensweise offensiv in Frage gestellt, von der rohen Bürgerlichkeit gegenüber Flüchtenden bis hin zum SUV und Fernstreckenflug. Die Antwort folgte prompt. Als die Bewegungen die mediale Aufmerksamkeit verloren, folgten gewaltige Gegenbewegungen.

Gestützt von einem sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit radikalisierenden Konservatismus stellte die extreme Rechte die Problemlage auf den Kopf. Mit perfider Umkehr von Täter:innen und Opfern erklärten sie, die (alten, männlichen, weißen) Europäer seien nicht das Problem, sondern vielmehr die schuldlosen Opfer all der Krisen. Verantwortung und Schuld lägen bei den anderen. Sie raunten Verschwörungserzählungen, während ihre Slogans ein Zurück zur chauvinistischen Normalität forderten. Grenzschließungen wurden zum Allheilmittel erklärt und die Restauration der Gewaltverhältnisse zwischen Geschlechtern, *races* und Klassen zum politischen Programm. Die Parteien der

Mitte sprangen ebenso wie ein Großteil der Medien brav über ihre Stöckchen und bliesen jede Provokation zu einem Skandal auf.

Heute scheint es so, als müssten sich linke Kräfte zurückziehen und vor den Schlägertrupps schützen, die durch die Straßen ebenso wie durch Social Media ziehen. Themen wie Flucht, Rassismus, Sexismus oder Ökologie werden zunehmend als spalterische Identitätspolitiken diffamiert.

In jedem Fall aber sollen sie hintangestellt werden, um erst einmal die Demokratie zu retten und den Status quo gegen die Angriffe von rechts zu verteidigen. Mit Verweis auf die Zwischenkriegszeit werden Brandmauern und Volksfronten gegen einen neuen Faschismus gefordert. Doch das ist zu kurz gedacht. Brandmauern genügen nicht. Die Feuer müssen bekämpft werden. Es reicht nicht zur Mäßigung aufzurufen, den Rechten ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen und auf ein Revival der zombiehaft weitertorkelnden Ideologien von Neoliberalismus und Sozialdemokratie zu hoffen. Die Rechte wird so lange erstarren, bis sie mit glaubwürdigen Alternativen konfrontiert wird.

Rosa Luxemburg brachte die Krisenzeit des Ersten Weltkriegs auf die Formel »Sozialismus oder Barbarei«. Europa steht heute vor einer ähnlichen Entscheidung. Die Situation verlangt mutige Antworten auf die multiple Krise. Wie diese umfassenden Transformationen aussehen könnten, haben die radikal solidarischen Bewegungen und ihre Unterstützer:innen sowohl praktisch erprobt als auch durchdacht und aufgeschrieben. Es gibt einen breiten Kanon der Transformation, der über die Geschlechterverhältnisse von Antirassismus über Finanz- und Wirtschaftssysteme bis hin zu Staaten und internationaler Gemeinschaft mögliche Wege in eine bessere Welt aufzeigt.

In diesen kritischen Kanon reiht sich dieses Buch ein und stellt dabei zwei Grundfragen: Was sind Fluchtbewegungen? Und warum sind sie widerständige politische Bewegungen?

Die Frage nach den Flüchtenden ist die Gretchenfrage Europas geworden. An ihr soll sich entscheiden, was Europa ist:³ ein politisches Projekt, das Gleichheit, Freiheit und Solidarität verwirklicht und auf einen ewigen Frieden⁴ zielt, oder eine rassistische und nationalistische Maschinerie des Ausschlusses und der Ausbeutung.

Sobald die Europäer:innen mit Fluchtbewegungen konfrontiert werden, denken sie fieberhaft über sich selbst nach.⁵ Der Ausweg aus dieser Selbstbespiegelung liegt darin, die Perspektive zu wechseln und sich an den Fluchtbewegungen mit ihren radikal solidarischen Politiken zu orientieren. Dieses Buch ist eine Einladung, diesen Ausweg gemeinsam weiter zu erkunden und zu beschreiten.